Wir müssen streiten!

Für einen funktionierenden Staat

KARSTEN KLEIN

(Mitglied im Vorstand der Thomas-Dehler-Stiftung)

fordert einen starken Staat, der seinen Aufgaben gerecht wird.

THOMAS-DEHLER-STIFTUNG

Das liberale Bildungswerk in Bayern

Nur wenn der Staat sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, wird er funktionieren und erfolgreich sein.

Der Deutsche Bundestag hat sich zur Vollversammlung der Staatsgläubigen entwickelt! Die Staatsquote steigt. Die Reglementierung steigt. Die Überwachung der Bürgerinnen und Bürger steigt. Steuern und Abgabenlasten steigen, vor allem auf Kosten zukünftiger Generationen.

Trotz all dieser Maßnahmen, den Staat allumfassender zu machen, kann er seine Kernaufgaben immer weniger erfüllen.

Die Ausgaben für Bildung in Deutschland, ein Land dessen einziger Rohstoff das Wissen und die Fertigkeiten seiner Bürger sind, verharren in der Mittelmäßigkeit. Diese Bestandsaufnahme muss jeden liberalen Menschen wütend machen.

Dabei ist es ein weit verbreitetes Vorurteil, dass liberale Politik darauf abzielt, den Staat möglichst schwach und rudimentär zu halten. Es mag diese Strömungen geben, doch die überwältigende Mehrheit der freiheitlich gesinnten Menschen vertritt einen ganz anderen Standpunkt: Liberale wollen einen starken Staat, der seine Kernkompetenzen erfolgreich wahrnimmt und klare Rahmenbedingungen setzt.

Impressum: Thomas-Dehler-Stiftung | Rosenheimer Str. 145c | 81671 München |
Tel.: +49 89 18 31 84 | Fax: +49 89 67 97 43 75 | Mail: info@thomas-dehler-stiftung.de

„Die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft und eines Staats sind endlich“

Einst kämpften Liberale für ihren Staat. Heute kämpfen aber große Teile des politischen Liberalismus nur noch gegen das Staatsverständnis anderer.

Das muss sich ändern!

Denn im Liberalismus nimmt der Staat eine wichtige Funktion ein. Er hat das Gewaltmonopol inne, sorgt für Verfassungsmäßigkeit, stellt öffentliche Güter bereit und setzt den allgemeinen Ordnungsrahmen. Genau das müssen wir vom Staat wieder viel stärker einfordern!

Aktuell versagt der Staat!

Schlagkräftig und handlungsfähig bleibt der Staat nur, wenn er sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Nur dann kann er Krisen meistern, anstatt wie heute sie nur zu begleiten. Nur dann kann er neue Herausforderungen, wie die Digitalisierung angehen. Wir müssen dem Staat genau diesen Auftrag geben. Den Auftrag, sich wieder auf seine Kernaufgaben zu konzentrieren und Nebenkriegsschauplätze zu verlassen.

„Konzentration auf die Kernaufgaben ist das Ziel“

Die Flüchtlingskrise zeigt deutlich: Staatshandeln hat Grenzen. Die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft und einer Staatsstruktur sind endlich.

Ein Staat, der sich in alle Lebensbereiche der Bürger einmischt, ist anfälliger für Krisen. Ihm fehlt die Schlagkraft für die wesentlichen Aufgaben und er büßt die Fähigkeit ein, schnell zu reagieren. All das zeigt sich auch in der aktuellen Krise. In Deutschland und Europa.

All das kann der Staat nicht leisten!

Seine Kernaufgaben kann der Staat hingegen heute nicht mehr wahrnehmen. Er verzettelt sich. Die Antwort der Vollversammlung der Staatsgläubigen jedoch ist mehr Staat:
Parteipolitische Lohnpolitik und Unternehmensüberwachung durch den Mindestlohn, Aushebelung des Preismechanismus durch die Mietpreisbremse und Eingriffe in die Personalauswahl durch die Frauenquote. Davon muss der Staat die Finger lassen, denn nicht nur die Einführung solcher Gesetze kostet Geld. Die Durchsetzung des jährlich anwachsenden Staatsaufgabenbergs kostet die Gesellschaft wichtige Ressourcen, die ihr für den Wettlauf mit anderen Nationen fehlen und dem Staat selbst geht die Luft aus, um seine Kernaufgaben zu erfüllen.

Ambitioniert. Aber möglich.

Die Konzentration auf die Kernaufgaben des Staats ist ein ambitioniertes Ziel. Ein Ziel, das der Staat leisten kann, wenn er will. Wenn er den Auftrag dazu bekommt.

Der Auftrag ist, die zahlreichen Nebenkriegsschauplätze, die er aktuell beackert, zu verlassen, und sich engagiert den Kernaufgaben zu widmen.

Dafür zu sorgen, dass der Auftrag der politischen Entscheidungsträger deutlich umgewidmet wird, obliegt uns allen. Lasst uns dies laut und deutlich tun!

Die Thomas-Dehler-Stiftung

- Das liberale Bildungswerk in Bayern -

Recht ist, was der Freiheit dient.

Thomas Dehler

Die Thomas-Dehler-Stiftung, geführt von ihrem Präsidenten Thomas Hacker, ist das liberale Bildungswerk in Bayern. Sie ist eine politische Stiftung. Das Wort „liberal“ kennzeichnet den politischen wie geistigen Standpunkt. Sie steht der Freien Demokratischen Partei Deutschlands (FDP) nahe.

Mit ca. 120 Veranstaltungen pro Jahr bietet die Stiftung ein Forum, um verschiedene Standpunkte zu debattieren und zur Meinungsbildung anzuregen. Geleitet sind wir von der Überzeugung, dass eine liberale Gesellschaft nur zu verwirklichen ist, wenn die Menschen in der Lage sind, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

In ihrem Handeln und Tun fühlt sich die Stiftung ihrem Namensgeber, dem ersten Bundesjustizminister der Bundesrepublik Deutschland, Thomas Dehler, verpflichtet.

Vorbild bleibt Thomas Dehler für die Stiftung aus drei Gründen: wegen seines unbedingten Eintretens für den liberalen Rechtsstaat, seines Kampfes um die freiheitliche Gesellschaftsordnung und seines Eintretens für die Freiheit und Einheit der Nation.

Alle Infos zu unseren Veranstaltungen finden Sie hier:

www.thomas-dehler-stiftung.de

www.facebook.com/DehlerStiftung

THOMAS-DEHLER-STIFTUNG

Das liberale Bildungswerk in Bayern

Das Programm für einen fu

Der liberale Staat der Zukunft muss die folge
und in diese investieren. Um allen Bürgerinnen
eigener Vorstellung zu leben, Erfolg zu h

Bildung & Forschung

Es muss darum gehen, was ein Mensch kann und nicht, woher er kommt oder welchen sozialen Status seine Eltern haben. Es muss darum gehen, dass jeder Mensch ein Leben lang sein volles Potenzial ausschöpfen kann. Deshalb muss der Staat Chancengerechtigkeit stärker in den Mittelpunkt stellen, so dass jeder Einzelne die beste Bildung erhalten kann. Aktuell finanziert der Staat sein Bildungssystem im OECD Vergleich nur unterdurchschnittlich. Das muss sich schleunigst ändern!

Die Forschung von heute ist der Alltag von morgen. Keiner kann die Zukunft voraussagen, deshalb darf es auch keine Denkverbote geben. Statt unser Land unter Denkmalschutz zu stellen, müssen wir auf Forschung und Innovation setzen. Das eröffnet neue Möglichkeiten und löst bestehende Herausforderungen. In einer international vernetzten Forschungslandschaft braucht Deutschland Bedingungen auf Spitzenniveau. Daran müssen wir intensiver arbeiten.

Infrastruktur

Das Schienennetz stößt in vielen Regionen an die Kapazitätsgrenze. Autobahnen sind im Sommer regelmäßig von „Blow-Ups“ - dem hitzebedingten Aufplatzen - betroffen. Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, ob im Bereich Verkehr oder Gebäude, sind kaum ausreichend, um den Bestand in Schuss zu halten, an Ausbau ist dabei nicht zu denken.

Genauso sieht es bei der digitalen Infrastruktur aus. Deutschland hinkt beim Breitbandausbau unsäglich hinterher. Und verpasst den Anschluss in Europa. Der Staat verspielt hier die ökonomische Zukunft des ganzen Landes. Und die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen und der Wirtschaft.

nktionierenden Staat

enden Themenfelder aktiv lenken, gestalten
n und Bürgern die Möglichkeit zu geben, nach
haben und glücklich werden zu können.

Sicherheit & Bürgerrechte

Der Staat muss die grundgesetzlich garantieren Rechte auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Selbstbestimmung oder Eigentum der Bürger schützen. Und den Bürgerinnen und Bürgern vor allem auch das Gefühl geben, dass dieser Schutz gewährleistet ist. Aktuell steht der Staat hier besonders in der Pflicht, seine Sicherheitsorgane personell und materiell besser auszustatten, um seiner Kernaufgabe der Inneren Sicherheit und dem Datenschutz gerecht zu werden. Denn das geschieht momentan nicht, weder im Inland bei der Polizei, noch im Ausland bei der Bundeswehr. Der Datenschutz wird aufgrund der Digitalisierung in den nächsten Jahren eine der zentralen Herausforderungen sein. Aufgabe des Staates ist es Datenschutzbestimmungen durchzusetzen. Es darf kein „Faustrecht“ im Hinblick auf persönliche Daten vorherrschen.

Solide Finanzen

Die Grundlage für einen handlungsfähigen Staat sind solide Staatsfinanzen. Jede Generation muss mit ihren Mitteln auskommen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen hat die Politik nur Schuldenberge angehäuft und diese nie abgebaut. Die Brücken und Schulen, die in den 70ger Jahren mit Schulden finanziert wurden, sind heute marode. Der Schuldenberg ist sehr stabil. Wer zukünftigen Generationen Schulden ans Bein bindet, behindert ihre Handlungsfähigkeit. Es ist nicht sozial, möglichst viele sozialen Ausgaben zu verteilen, sondern zukünftige Generationen auch die Möglichkeit zu geben sozial zu sein.

Unser Gesellschaftsverständnis beruht auf dem Vertrauen in das Individuum. Die Summe der Einzelentscheidungen findet die bessere Lösung - nicht das Kollektiv. Der Staat erledigt seine Kernaufgaben. Dieses Verständnis setzt den Staat als Partner und Leistungserbringer ins Bild. Er ist Teil der Gesellschaft, aber nicht der dominierende Part. Staatsausgaben bzw. Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge dürfen die wirtschaftliche Leistung der Gesellschaft nicht dominieren.

VORGESTELLT: Karsten Klein

KARSTEN KLEIN (geb. 1977), studierte an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg Betriebswirtschaftslehre und Europarecht. Im Jahr 2005 schloss er als Dipl. Kaufmann ab. In den darauffolgenden Jahren (2005-2008) war Karsten Klein in einem mittelständischen Unternehmen als Marketing- und Vertriebsleiter tätig.

Mit der Landtagswahl 2008 zog er als Mandatsträger in den Bayerischen Landtag ein und vertrat bis 2013 die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Maximilianeum in München. Als einziges Mitglied der FDP Fraktion im Bayerischen Landtag gehörte Karsten Klein dem Untersuchungsausschuss zum Kauf der Hypo Group Alpe Adria durch die Bayerische Landesbank an. Er gab den entscheidenden Ausschlag dafür, dass erstmals in der Geschichte des Freistaats Bayern das Fehlverhalten von ehemaligen Mitgliedern der bayerischen Staatsregierung festgestellt wurde. Karsten Klein ist Initiator der Schuldenbremse in der bayerischen Verfassung sowie engagierter Verfechter der zeitnahen Tilgung der bayerischen Schulden. Er gehört seit 2008 dem Aschaffenburger Stadtrat an und engagiert sich in seinem Heimatstadtteil Leider als Vorsitzender des Turn- und Sportvereins sowie des örtlichen Kirchenvereins. Seit 2014 ist Karsten Klein im Wissenschaftsmanagement tätig.

Seit 2013 ist er Mitglied im Vorstand der Thomas-Dehler-Stiftung.

FRAGEN? Wir sind für Sie da!

www.thomas-dehler-stiftung.de

+49 89 18 31 84

info@thomas-dehler-stiftung.de

www.twitter.com/TDStiftung

www.facebook.com/DehlerStiftung